

EINSATZ ERHÖHEN WORT HALTEN ARMUT BESIEGEN

DAS 0,7-PROZENT-ZIEL: HINTERGRÜNDE UND ARGUMENTE
FÜR MEHR UND BESSERE ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT

VENRO

VERBAND ENTWICKLUNGSPOLITIK
DEUTSCHER NICHTREGIERUNGS-
ORGANISATIONEN e.V.

DEINE STIMME GEGEN ARMUT



EINSATZ ERHÖHEN, ARMUT BESIEGEN!



ES STEHT VIEL AUF DEM SPIEL

Deutschland hat sich verpflichtet, die Millenniumsentwicklungsziele (MDG) der Vereinten Nationen (UN) umzusetzen. Hauptziel ist die Halbierung der extremen Armut. Deshalb hat Deutschland versprochen, die Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit bis zum Jahr 2015 auf 0,7 Prozent der Wirtschaftskraft zu steigern – 2010 betrug die deutsche Quote gerade mal 0,38 Prozent. Das ist zu wenig: Noch immer stirbt alle drei Sekunden ein Kind an den Folgen extremer Armut.

Die Abgeordneten im Deutschen Bundestag können das ändern: Im Herbst entscheiden sie über den Bundeshaushalt 2012, das heißt, sie legen fest, wofür Deutschland im kommenden Jahr Geld ausgibt. „Deine Stimme gegen Armut“ fordert, dass der Einsatz erhöht wird, um Armut zu besiegen. Internationale Versprechen müssen eingehalten werden.

Es ist klar, dass Geld allein nicht die Lösung aller Entwicklungsfragen ist. In erster Linie kommt es auf die Anstrengungen der Partner in armen Ländern an. Regierungen, Unternehmen, aber auch die Zivilgesellschaft vor Ort müssen Entwicklung und Armutsbekämpfung voranbringen. Dabei wollen und müssen wir sie unterstützen.

Es ist ebenso klar, dass wir nicht nur mehr, sondern auch bessere Entwicklungszusammenarbeit benötigen. Die Erhöhung der Mittel und der wirksame und effiziente Einsatz dieser Mittel sind zwei Seiten derselben Medaille, die gegenseitig voneinander abhängen.

Mit dieser Broschüre möchten wir den Leserinnen und Lesern den Einstieg in die Diskussion erleichtern und Argumente an die Hand geben. Denn wer auf Armutsbekämpfung setzt, gewinnt immer.

Ulrich Post, Vorstandsvorsitzender VENRO

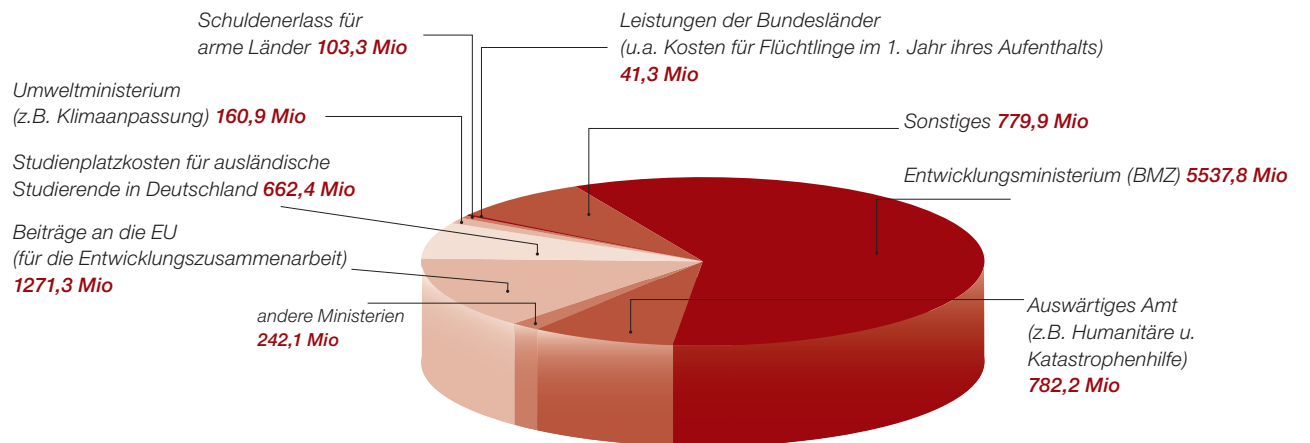
■ WAS IST ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT?

Wenn mit Geldern aus Deutschland in Tansania die Wasserversorgung verbessert wird, in Bangladesch Gesundheitsprogramme entwickelt oder in Bolivien die öffentliche Verwaltung und Justiz reformiert werden, dann ist das Entwicklungszusammenarbeit. Gemeint ist nicht die mildtätige Gabe von Almosen, sondern die partnerschaftliche Zusammenarbeit und Unterstützung von Vorhaben, die die Menschen in armen Ländern selbst voranbringen wollen. Entwicklungszusammenarbeit löst nicht alle Probleme, sondern kann immer nur ein Beitrag neben anderen Anstrengungen sein, um Globalisierung gerecht zu gestalten, die weltweite Armut zu bekämpfen, Menschenrechte zu verwirklichen und die natürlichen Lebensgrundlagen zu bewahren.

Private, nichtstaatliche Hilfsorganisationen (NRO) verfolgen häufig eine andere Strategie als die staatliche Entwicklungspolitik. Während Letztere bewusst auf wirtschaftliche Entwicklung, Infrastruktur, Justiz- und Verwaltungsreformen setzt, ist den NRO bei ihrer Entwicklungszusammenarbeit die Stärkung einer kritischen Zivilgesellschaft und die Förderung von Basisorganisationen wichtig, damit die Bürgerinnen und Bürger selbst aktiv werden können („Hilfe zur Selbsthilfe“).

Die staatlichen Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit werden als Official Development Assistance (ODA) bezeichnet. Deutschland hat im Jahr 2010 insgesamt 9,6 Milliarden Euro ODA geleistet. In absoluten Zahlen bedeutet das Rang 4 hinter den USA, Großbritannien und Frankreich. Die weltwei-

ZUSAMMENSETZUNG DER DEUTSCHEN ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT 2009 (IN EURO, BRUTTO ODA)



ten Ausgaben sind 2010 im Vergleich zu 2009 um 6,5 Prozent auf rund 97,2 Milliarden Euro gestiegen.

Neben dem absoluten Betrag ist die ODA-Quote eine zentrale Kennziffer. Damit ist das Verhältnis von Entwicklungsausgaben im Vergleich zur Wirtschaftskraft eines Landes (Bruttonationaleinkommen, BNE) gemeint. Für Deutschland lag die Quote 2010 bei 0,38 Prozent. Gemessen daran, was Deutschland mit seiner Wirtschaftskraft leisten könnte, ist das zu wenig, es belegt damit nur einen Mittelfeldplatz.

Die Geberländer können auch Schuldenerlasse an arme Länder und die Ausgaben für ausländische Studierende als Entwicklungshilfe verbuchen, obwohl dadurch kein Euro für Armutsbekämpfung in arme Länder fließt. Tendenzen, die Zahlen schönzurechnen, gab es schon immer. Derzeit versu-

chen einige Länder, Militärausgaben, beispielsweise in Afghanistan, als Entwicklungszusammenarbeit zu deklarieren oder Spenden von Privatpersonen und privaten Unternehmen auf die staatliche Entwicklungszusammenarbeit anzurechnen.

2009 wurden knapp 60 Prozent der Mittel vom Entwicklungsministerium (BMZ) ausgegeben. Der Rest stammt aus anderen Ressorts: Das Auswärtige Amt (AA) finanziert beispielsweise Humanitäre Hilfe im Katastrophenfall und Menschenrechtsvorhaben. Im Umweltministerium (BMU) werden Ausgaben für die Anpassung an den Klimawandel in armen Ländern verbucht. Die Bundesländer machen Studienplatzkosten für ausländische Studierende geltend. Wenn eine Studentin aus Vietnam an einer Universität in Hessen studiert, kann das Bundesland die rechnerischen Studienplatzkosten als Entwicklungszusammenarbeit verbuchen.

▲ 2008 wurden zehnmal mehr **HIV-Infizierte** mit lebenswichtigen Medikamenten behandelt als 2003.

▼ Über 8 Millionen Menschen fehlt diese Behandlung noch.

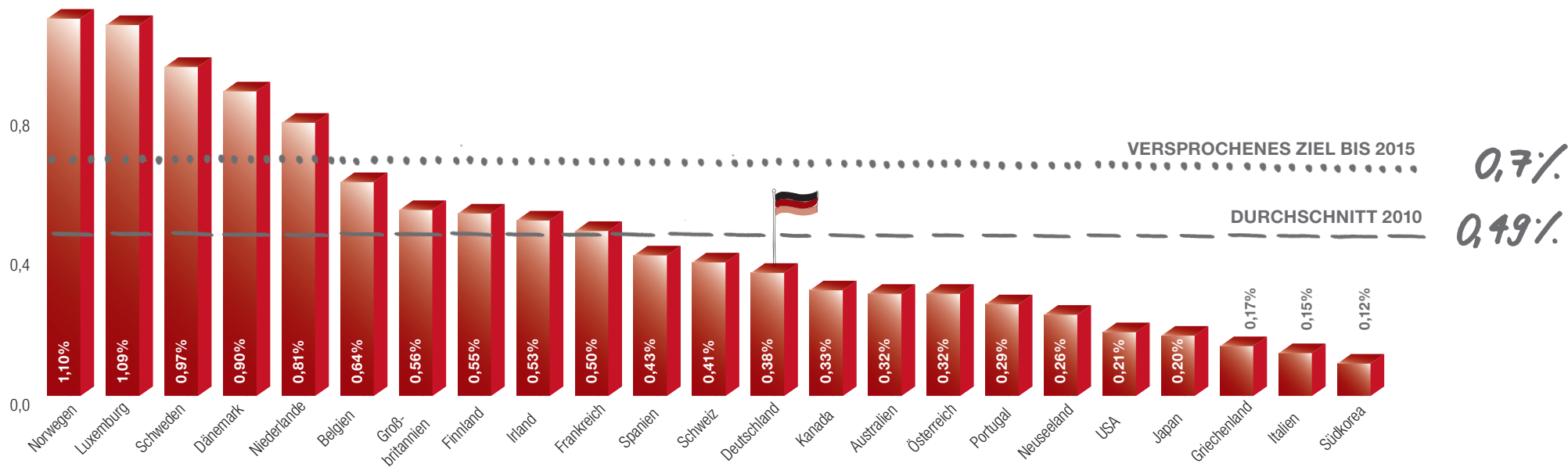
▲ In armen Ländern werden mittlerweile zwei von drei Frauen bei der Geburt von medizinischem Fachpersonal betreut.

▼ Dennoch stirbt im südlichen Afrika eine von 31 Frauen an **Komplikationen bei Schwangerschaft** oder Geburt (in Europa ist es eine von 4.500).

▲ Durch Impfkampagnen ist die **Kindersterblichkeit** von 12,5 Millionen (1990) auf 8,8 Millionen (2008) gesunken.

▼ Das bedeutet aber, dass immer noch alle 3 Sekunden ein Kind an den Folgen extremer Armut stirbt.

DIE ODA-QUOTE: ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT IN RELATION ZUR WIRTSCHAFTSKRAFT 2010 (IN PROZENT)



DAS EWIGE VERSPRECHEN: MEHR MITTEL FÜR ENTWICKLUNG

▲ Die Zahl der Menschen, die in **extremer Armut** leben, ist von 1,8 Milliarden (1990) auf 1,4 Milliarden (2005) gesunken.

▼ Trotzdem lebt jeder 5. Mensch in extremer Armut, das heißt von weniger als 1,25 US-Dollar am Tag.

▲ In Burundi können heute dreimal so viele Kinder (99 Prozent) wie 1999 bisher zur Grundschule gehen, weil Schulgebühren abgeschafft wurden.

▼ Weltweit haben 69 Millionen Kinder keinen **Zugang zu Bildung**.

▲ Im ostafrikanischen Ruanda sind 52 Prozent der Parlamentsabgeordneten Frauen.

▼ Weltweit liegt der **Frauenanteil** in den nationalen Parlamenten bei nur 19 Prozent.

ENTWICKLUNGSPOLITISCHER KONSENS: MEHRHEIT DER BUNDESTAGSABGEORDNETEN FÜR MEHR ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT

Im Februar 2011 haben Bundestagsabgeordnete aller Parteien den Aufruf „Das Versprechen einhalten!“ gestartet. Eine deutliche Mehrheit aller 621 Abgeordneten aus allen fünf Fraktionen hat den Aufruf bereits unterschrieben, Tendenz steigend. Sie fordern eine Erhöhung der Mittel um jährlich 1,2 Milliarden Euro, um 0,7 Prozent in 2015 zu erreichen.

Bereits 1970, vor über 40 Jahren, haben die Vereinten Nationen (UN) die Resolution 2626 verabschiedet, in der das bis heute gültige Ziel festgeschrieben wurde, dass Industrieländer mindestens 0,7 Prozent ihrer Wirtschaftskraft für Entwicklungszusammenarbeit bereitstellen.

Im Mai 2005, 35 Jahre nach der UN-Resolution, haben die Staaten der Europäischen Union (EU), also auch Deutsch-

MILLENNIUMSENTWICKLUNGSZIELE

(MILLENNIUM DEVELOPMENT GOALS, MDG)

Im Jahr 2000 haben sich die Vereinten Nationen (UN), darunter auch Deutschland, mit der Millenniumserklärung auf konkrete Ziele zur Armutsbekämpfung bis 2015 verpflichtet.

1. BESEITIGUNG VON EXTREMER ARMUT UND HUNGER
2. GRUNDSCHULBILDUNG FÜR ALLE KINDER
3. GLEICHSTELLUNG UND STÄRKERE BETEILIGUNG VON FRAUEN
4. SENKUNG DER KINDERSTERBLICHKEIT
5. VERBESSERUNG DER MÜTTERGESUNDHEIT
6. BEKÄMPFUNG VON HIV/AIDS, MALARIA UND ANDEREN KRANKHEITEN
7. SICHERUNG DER ÖKOLOGISCHEN NACHHALTIGKEIT
8. AUFBAU EINER WELTWEITEN ENTWICKLUNGSPARTNERSCHAFT

land, einen verbindlichen Stufenplan zur Erhöhung der Mittel beschlossen: Bis 2015 soll die ODA-Quote von 0,7 Prozent erreicht werden. Das Zwischenziel von 0,51 Prozent in 2010 wurde mit 0,38 Prozent deutlich verfehlt.

„Selbst in der Finanzkrise haben wir unsere Mittel nicht zurückgefahren. Wir streben weiterhin an, 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens für Entwicklungshilfe aufzuwenden.“

Bundeskanzlerin Angela Merkel vor der Generalversammlung der Vereinten Nationen in New York, 21.09.2010

Dass es auch anders geht zeigen Norwegen, Luxemburg, Schweden, Dänemark und die Niederlande. Diese fünf Länder sind die einzigen Geber, die das Versprechen von 0,7 Prozent bereits heute erfüllen. Auch Großbritannien zeigt, dass eine Steigerung machbar ist, wenn der Wille da ist. Trotz Wirtschafts- und Finanzkrise und aktuell drastischer Sparmaßnahmen in vielen Bereichen, steigert Großbritannien seine Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit und wird aller Voraussicht nach die Zielmarke 0,7 schon 2013 erreichen.

**SO ENTSTEHT DER
BUNDESHAUSHALT 2012**

16. März:
Das Bundeskabinett legt die Gesamthöhe und wichtige „Eckwerte“ des Haushaltsentwurfs fest.

DER BUNDESHAUSHALT: SO WIRD ÜBER MEHR MITTEL FÜR ENTWICKLUNG ENTSCHIEDEN

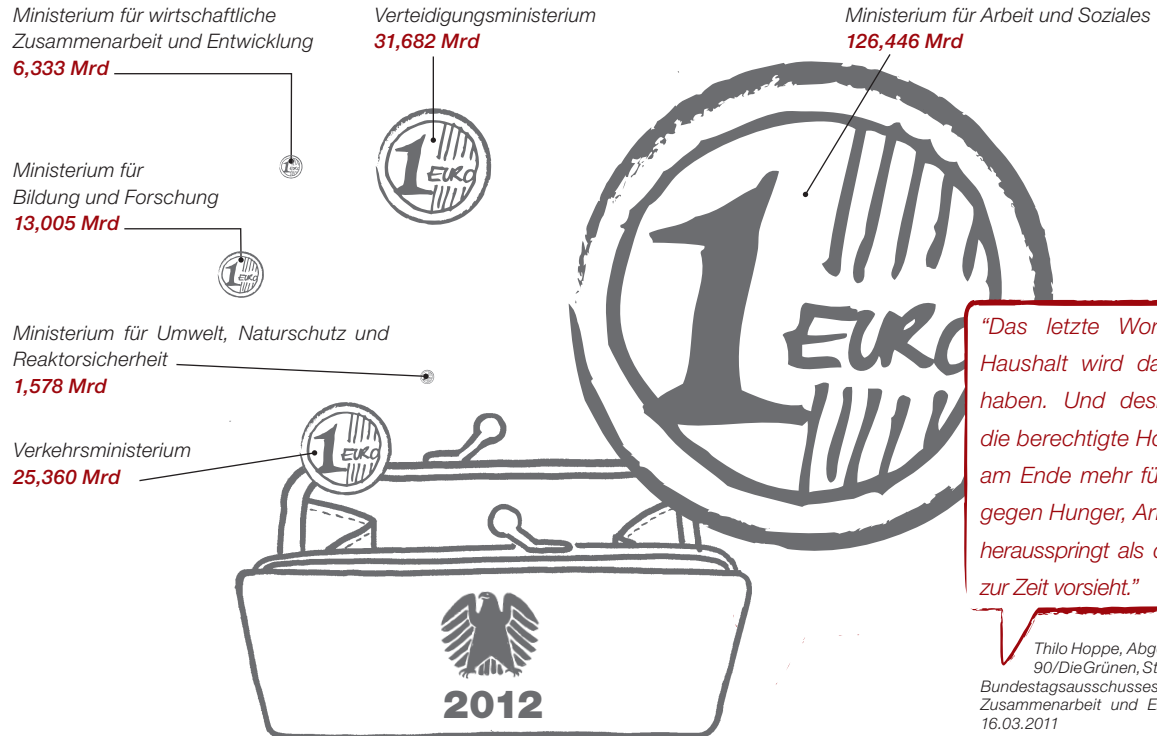
Der Bundeshaushalt umfasst rund 2.500 Seiten, in denen nachzulesen ist, für was Deutschland Geld ausgibt. Für jedes Ministerium gibt es ein eigenes Kapitel, einen so genannten Einzelplan. Die Ausgaben des Entwicklungsministeriums (BMZ) sind im Einzelplan 23 (EPL 23) zu finden.

Nach dem Entwurf der Bundesregierung im Frühjahr diskutiert der Bundestag im Herbst über den Haushalt und verabschiedet ihn als Gesetz. Der aktuelle Vorschlag der Bundesregierung für den Haushalt 2012 sieht vor, dass für das BMZ im kommenden Jahr 6,3 Milliarden Euro zur Verfügung stehen. Das sind rund 1,8 Prozent mehr als 2011. Zum Vergleich: Für den Verteidigungshaushalt sollen 2012 rund 31,6 Milliarden Euro bereit stehen, das ist rund fünfmal so viel wie für das BMZ.

„Die Bundeskanzlerin hat deutlich gesagt, dass das Ziel gilt, die Entwicklungshilfe auf 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens bis 2015 zu erhöhen. Der Haushalt des Entwicklungsministeriums muss aufwachsen, um die internationalen Verpflichtungen erfüllen zu können.“

Bundesentwicklungsminister Dirk Niebel im Interview mit epd, 18.11.2009

DAFÜR WILL DEUTSCHLAND 2012 GELD AUSGEBEN: DIE „ECKWERTE“ DES BUNDESHAUSHALTS 2012 (IN EURO; AUSWAHL)



„Das letzte Wort über den Haushalt wird das Parlament haben. Und deshalb besteht die berechtigte Hoffnung, dass am Ende mehr für den Kampf gegen Hunger, Armut und Aids herauspringt als die Regierung zur Zeit vorsieht.“

Thilo Hoppe, Abgeordneter Bündnis 90/DieGrünen, Stv. Vorsitzender des Bundestagsausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (AwZ), 16.03.2011

29. Juni:
Das Kabinett verabschiedet den Haushaltsentwurf mit den Details und leitet ihn an das Parlament und den Bundesrat weiter.

Anfang September:
Der Finanzminister erläutert im Bundestag den Entwurf, wo er diskutiert wird (1. Lesung).

Der Entwurf wird in den Haushaltsausschuss im Bundestag überwiesen. Dessen 41 Mitglieder diskutieren die geplanten Ausgaben jedes einzelnen Ressorts.

Anfang November:
Der Haushaltsausschuss klärt in „Bereinigungssitzungen“ die letzten Fragen zu den Einzelplänen.

Ende November :
Der gesamte Bundestag diskutiert und beschließt die Einzelpläne (2. Lesung) und den Gesamthaushalt (3. Lesung).

Dezember:
Stimmt nun auch noch der Bundesrat zu, unterschreibt der Bundespräsident das Haushaltsgesetz – es tritt in Kraft.



HÄUFIG GESTELLTE FRAGEN

WARUM SOLLTE MAN DIE ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT STEIGERN?

Will Deutschland global eine ehrliche, zuverlässige und verantwortungsvolle Rolle einnehmen, müssen wir Wort halten. Die deutsche Regierung hat mehrfach versprochen, die Mittel zu steigern. Bundeskanzlerin Merkel hat 2006 selbst gesagt: „Unsere Glaubwürdigkeit wird davon abhängen, ob wir unsere internationalen Verpflichtungen einhalten.“ Schließlich fordert Deutschland von aufstrebenden Entwicklungsländern, dass sie ebenfalls Beiträge leisten, zum Beispiel beim Klimaschutz. Es ist auch eine moralische Verpflichtung, zum gegebenen Wort zu stehen. Je nach Weltanschauung können die christliche Nächstenliebe für die Ärmsten der Armen, internationale Solidarität oder weltweite Gerechtigkeit als Begründungen angeführt werden. Schließlich sind auch unsere eigenen Interessen betroffen, zum Beispiel an einer friedlichen Welt und der Milderung der Folgen des Klimawandels.

WO SOLLEN ZUSÄTZLICHE MITTEL FÜR ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT HERKOMMEN?

Eine Steigerung des Bundeshaushalts ist wichtig, aber nicht ausreichend. Deshalb braucht es neue Geldquellen. Ideen für sogenannte „Innovativen Finanzierungsmechanismen“ werden diskutiert. Eine Auswahl:

► **FINANZTRANSAKTIONSSTEUER (FTT):** Mit einer kleinen Steuer auf sämtliche Finanztransaktionen, also den Handel mit Währungen, Aktien, Anleihen usw. könnte der

Finanzsektor an der Beseitigung der Folgen der Finanzkrise beteiligt werden. Bereits ein kleiner Steuersatz von 0,01 bis 0,5 Prozent könnte Deutschland 12 bis 36 Milliarden Euro einbringen, die für Entwicklung und Klimafinanzierung eingesetzt werden könnten. Gleichzeitig hätte eine „Steuer gegen Armut“ den Vorteil, dass sie den Finanzmarkt reguliert und Spekulationen bremst.

► **EMISSIONSZERTIFIKATE:** Seit Kurzem müssen Unternehmen, die klimaschädigende Treibhausgase in die Atmosphäre blasen, als Gegenleistung für die Umweltbelastung sogenannte Emissionszertifikate kaufen. Mit einem Teil der Erlöse werden Anpassungsmaßnahmen in Entwicklungsländern finanziert. Doch internationale Vereinbarungen besagen, dass Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel und zur Emissionsminderung zusätzlich zur Entwicklungszusammenarbeit erfolgen müssen, sonst geht dies zulasten von Armutsbekämpfung, Bildung, Gesundheit oder ländlicher Entwicklung.

► **FLUGTICKETABGABE:** Eine Abgabe auf Flugtickets könnte nicht nur Gelder für Entwicklung mobilisieren, sondern diejenigen zur Verantwortung ziehen, die mit dem Fliegen zum Klimawandel beitragen. Frankreich, Großbritannien und andere haben so in drei Jahren eine Milliarde US-Dollar zur Bekämpfung von Aids, Tuberkulose und Malaria bereitgestellt. In Deutschland wurde 2010 eine Luftverkehrssteuer zum Stopfen der Haushaltslöcher eingeführt. Mittel für Armutsbekämpfung sind darin nicht vorgesehen.

GIBT ES FÜR EINE STEIGERUNG RÜCKHALT IN DER BEVÖLKERUNG?

Die Bundesbürger unterstützen eine Erhöhung der ODA-Quote auf 0,7 Prozent: Eine von „Deine Stimme gegen Armut“ im Juni 2010 in Auftrag gegebene repräsentative Meinungsumfrage von TNS Infratest ergab, dass drei von vier Befragten (72,4 Prozent) es als wichtig oder sehr wichtig erachten, dass Deutschland seine Zusage einhält und die Mittel bis 2015 entsprechend erhöht.

WIE DENKEN DIE BUNDESTAGSABGEORDNETEN ÜBER EINE STEIGERUNG?

Im Bundestag hat sich mittlerweile eine deutliche Mehrheit der 621 Abgeordneten aus allen fünf Fraktionen dem überparteilichen „Aufruf für einen entwicklungspolitischen Konsens“ angeschlossen, in dem sie eine Erhöhung der Mittel um jährlich 1,2 Milliarden Euro fordert. Motto: „Das Versprechen einhalten!“

WÄRE EIN GERECHTER WELTHANDEL NICHT SINNVOLLER, ALS ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT ZU LEISTEN?

Entwicklungshilfegelder wären in weit geringerem Maße notwendig, wenn faire Welthandelsbedingungen dazu beitragen würden, dass Entwicklungsländer höhere Exporteinnahmen erzielen. Parallel trägt Entwicklungszusammenarbeit dazu bei, dass sich eine starke und kritische Zivilgesellschaft entwickelt, die dafür Sorge trägt, dass die jeweiligen Regierungen gegenüber der Bevölkerung Rechenschaft ablegen und wirtschaftliche Entwicklung sich auch für die Menschen auszahlt.

OFT GEHÖRTE KRITIK AN DER ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT

STATT MEHR GELD BRAUCHT ES VOR ALLEM BESSERE QUALITÄT VON ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT!

Häufig wird das Argument der fehlenden Wirksamkeit benutzt, um vom Fehlen der Mittel abzulenken. Wird die Wirksamkeit erhöht – so das Kalkül – muss die Entwicklungszusammenarbeit selbst nicht erhöht werden, um die gleichen Ergebnisse zu erreichen. Angesichts der komplexen Problemlagen in der Welt ist jedoch beides nötig: eine Aufstockung der Mittel, die insgesamt effizienter eingesetzt werden müssen. Quantität und Qualität sind zwei Seiten derselben Medaille, man darf nicht beides gegeneinander ausspielen.

Deutschland hat nicht nur versprochen, mehr Geld zu geben, sondern auch, die Qualität zu steigern. Mit der Zustimmung zur „Pariser Erklärung über Effektivität von Entwicklungszusammenarbeit“ (2005) und dem „Accra-Aktionsplan“ (2008) haben sich Geber- und Empfängerländer zu einer Reihe von Prinzipien verpflichtet, um Effektivität zu steigern. Diese Ziele lassen sich nur erreichen, wenn die Geber genügend Mittel zur Verfügung stellen, um entsprechende Strukturen in den Entwicklungsländern aufzubauen, und selbst ihre Verpflichtungen für eine wirksamere Entwicklungszusammenarbeit wahrnehmen.

ZUSÄTZLICHE MITTEL VERSICKERN OHNEHIN NUR IN DUNKLEN KANÄLEN UND FÖRDERN KORRUPTION!

Es stimmt, dass es in vielen Ländern Korruption und Misswirtschaft gibt. Gute Regierungsführung ist wichtig, um die Mittel

effektiv zu nutzen und eine adäquate Mittelverwendung zu garantieren. Deswegen sollte die staatliche Entwicklungszusammenarbeit ihre Bestrebungen auf Länder konzentrieren, die relativ gut regiert werden, und in anderen Ländern nichtstaatliche gesellschaftliche Kräfte stärken, damit diese einen Demokratisierungsprozess vorantreiben können. Die Akteure in den Empfängerländern spielen eine zentrale Rolle in der Entwicklungszusammenarbeit. Beispielsweise müssen staatliche Stellen Rechenschaft darüber ablegen, wie öffentliche Mittel verwendet werden, und die Bürgerinnen und Bürger an Entscheidungen beteiligen (Partizipation). So kann Korruption verhindert werden. Das gilt übrigens nicht nur für Entwicklungsländer, sondern auch für Deutschland.

IN DEUTSCHLAND GIBT ES AUCH ARMUT. DAS GELD SOLLTE BESSER HIER EINGESETZT WERDEN!

Die Lebensumstände vieler Menschen, die von Arbeitslosigkeit und Hartz IV betroffen sind, sind schwierig. Armut hier und Armut in Entwicklungsländern ist inakzeptabel. Dennoch sind die Verhältnisse nicht vergleichbar.

Letztlich ist Armut weltweit häufig Ausdruck derselben wirtschaftlichen Strukturen und der Antworten darauf. Der Gegensatz zwischen Ländern des Nordens und des Südens löst sich zunehmend auf, ein Ausspielen von Armut hier und in Entwicklungsländern ist also falsch. Solidarität mit armen Menschen kann nicht geteilt werden sondern muss alle Menschen umfassen.

DEUTSCHLAND IST SELBST VERSCHULDET / HAT KEIN GELD / MUSS SPAREN!

Letztlich ist es eine Frage des politischen Willens und der Prioritätensetzung, ob mehr Mittel bereitgestellt werden. Die Milliardensummen, die Deutschland für Rettungs- und Konjunkturpakete mobilisiert hat, um die Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise 2009 abzufedern, zeigen: Geld ist genug da, wenn der politische Wille vorhanden und der Druck zum Handeln hoch ist. Auch die weltweiten Rüstungsausgaben lassen darauf schließen, dass es sich in erster Linie um eine Frage der Prioritätensetzung handelt und nicht um knappe Kassen. 2009 hat Deutschland 45,6 Milliarden US-Dollar für Rüstungsgüter ausgegeben und 12 Milliarden für Entwicklungszusammenarbeit. Unabhängig davon ist es richtig, dass es neuer Instrumente und Finanzierungsquellen bedarf, um mehr Mittel zu generieren (siehe linke Seite).

LÄNDER WIE CHINA ODER INDIEN SIND AUFSTREBENDE LÄNDER, DIE KEINE ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT MEHR BRAUCHEN!

Das ist teilweise richtig. In erster Linie müssen und können diese Länder selbst Anstrengungen zur Armutsbekämpfung unternehmen. Die staatliche Entwicklungszusammenarbeit mit China wurde mittlerweile offiziell beendet, bestehende Verträge laufen aus. Obwohl Indien ein aufstrebendes Schwellenland ist, gelten dort 450 Millionen Menschen als extrem arm, so viele wie sonst in keinem anderen Land der Erde. Das ist ein Drittel aller extrem Armen weltweit, deren Situation verbessert werden muss. Zivilgesellschaftliche Hilfsorganisationen, die nicht mit Staaten, sondern mit armen Menschen zusammenarbeiten, unterstützen sie, damit sie ihre Situation verbessern können.

DEINE STIMME GEGEN ARMUT

DIE AKTION

„Deine Stimme gegen Armut“ ist eine Aktion von VENRO als Dachverband von rund 120 Nichtregierungsorganisationen und dem Künstler Herbert Grönemeyer sowie befreundeten Fachleuten aus der PR- und Medienbranche. Die Aktion ist der deutsche Beitrag zum internationalen „Global Call to Action Against Poverty“ (GCAP), einem zivilgesellschaftlichen Bündnis, dessen Symbol das „Weiße Band“ ist. Mehr Informationen auf www.deine-stimme-gegen-armut.de

WAS WIR WOLLEN

„Deine Stimme gegen Armut“ fordert von Bundestag und Bundesregierung: „Spielen Sie nicht auf Zeit! Erhöhen Sie Ihren Einsatz für mehr Mittel in der Entwicklungszusammenarbeit.“ Konkret fordert die Aktion im Bundeshaushalt 2012 zwei Milliarden Euro zusätzlich für Entwicklung und Menschenrechte sowie eine Milliarde Euro zusätzlich für Klimafinanzierung. Deutschland hat sich verpflichtet, bis 2015 die Mittel für Entwicklungszusammenarbeit auf 0,7 Prozent der Wirtschaftskraft zu steigern. Durch mehr und bessere Entwicklungszusammenarbeit können wir verhindern, dass alle drei Sekunden ein Kind an den Folgen extremer Armut stirbt.

DAS KANNST DU TUN

- 1. Gib Deine Stimme gegen Armut.**
- 2. Sag es weiter.**
- 3. Zeig Deinen Einsatz: Spiel den Joker aus.**
- 4. Bring Deinen Bundestagsabgeordneten dazu, mitzumachen.**
- 5. Schaff Aufmerksamkeit mit einer spektakulären Aktion.**
- 6. Sammle viele Stimmen gegen Armut.**

DIE AKTION IM INTERNET

www.deine-stimme-gegen-armut.de
www.facebook.com/deinestimmegegenarmut
<http://twitter.com/deinestimme>
www.youtube.com/user/deinestimme

KONTAKT

Aktionsbüro „Deine Stimme gegen Armut“
Postfach 04 01 40
10061 Berlin
Telefon: (030) 24 63 21 05
E-Mail: deinestimmegegenarmut@venro.org

IMPRESSUM

Herausgeber: Verband Entwicklungspolitik e.V. (VENRO)
Kaiserstraße 201, 53113 Bonn
Telefon: (0228) 94 677-0
Redaktion: Ulrich Schlenker (V.i.S.d.P.)
Endredaktion: Kirsten Prestin
Grafik: anders gestalten, Berlin
Druck: dieUmweltDruckerei GmbH, Hannover
Diese Broschüre wurde klimaneutral mit Druckfarben auf Basis nachwachsender Rohstoffe auf 100% Recyclingpapier gedruckt.

Bonn/ Berlin, April 2011

Auf <http://bit.ly/dsga-materialien> steht eine digitale Version (PDF) dieser Broschüre zum Download bereit. Darin finden sich sämtliche Quellenangaben.

VENRO
VERBAND ENTWICKLUNGSPOLITIK
DEUTSCHER NICHTREGIERUNGS-
ORGANISATIONEN e.V.



www.deine-stimme-gegen-armut.de

AKTIONSWOCHE VOM 10. BIS 18. SEPTEMBER

Vom 10. bis 18. September 2011 findet die bundesweite Aktionswoche von „Deine Stimme gegen Armut“ statt. Dann wollen wir mit Dir gemeinsam bei möglichst vielen Aktionen ein deutliches Zeichen setzen. Direkt im Anschluss übergeben wir die gesammelten Stimmen an die Abgeordneten. Was ist Dein Beitrag zur Aktionswoche?